

**FREIE  
WÄHLER** 

**Für UNSER Berlin!**

***Wahlprogramm***

***Abgeordnetenhauswahl 2021***

## Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort.....</b>	<b>1</b>
Der Bürger im Zentrum .....	1
<b>Leben in Berlin.....</b>	<b>4</b>
Teilhabe für Menschen mit Behinderung.....	4
Berlintypisches bewahren - Freiräume gestalten.....	4
Nachbarschaftliches Engagement wertschätzen.....	5
Wachsen - Bauen - Wohnen.....	5
Kulturförderung.....	6
Konsequenter Schutz von Pflanzen und Tieren.....	6
Migration und Integration .....	6
<b>Lernen in Berlin .....</b>	<b>8</b>
Den Lehrerberuf attraktiver machen.....	8
Digitale Aufklärung.....	8
Mehr Praxis in den Lerninhalten.....	8
Gerechtere Studienplatzvergabe.....	9
Aufwertung der beruflichen Bildung .....	9
Mehr intellektuelle Vielfalt.....	9
Volkshochschulen und Musikschulen stärken .....	9
Guter Start – Gute Bildung .....	9
Gute Schulen brauchen gute Lehrer.....	10
Kein Gendern an Berliner Schulen.....	10
Gegen Mobbing an Berliner Schulen.....	10
Abschaffung des Schulgelds in allen sozialen Ausbildungsberufen .....	10
<b>Bewegen in Berlin.....</b>	<b>12</b>
Freie Fahrt für freie Bürger .....	12
ÖPNV stärken .....	13
Freie Fahrt für alle Mobilitätsmöglichkeiten.....	13
Überregional Denken .....	13
Sicherheit und Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer .....	13
Erschließungsbeiträge für DDR-Sandpisten abschaffen .....	14
Freie Wege für freie Bürger .....	14
Saubere Mobilität für Berliner Amtsträger.....	15
<b>Service in Berlin .....</b>	<b>16</b>
Entwicklung des Ordnungsamts zu einer Bezirkspolizei .....	16
Einer Vermüllung der Stadt entschieden entgegenzutreten .....	16
Effiziente Kriminalitätsbekämpfung .....	16
Wirksamer Schutz bei häuslicher Gewalt .....	16
Sicherheit muss verhältnismäßig sein.....	17
Politik und Verwaltung als Dienstleister für den Bürger.....	17
Modernisierung des Ladenöffnungsgesetzes .....	17
Vernünftige Haushaltspolitik .....	17
Digitalisierung der Berliner Verwaltung .....	18
Verantwortung für die Opfer des Kentler Experiments.....	18
Stärkung der lokalen Demokratie .....	18

<b>Arbeiten in Berlin .....</b>	<b>19</b>
<i>Mittelstand stärken – StartUps fördern .....</i>	<i>19</i>
<i>Soziale Marktwirtschaft als Bestandteil der Verfassung Berlins .....</i>	<i>19</i>
<i>Zentrale Anlaufstelle für Selbstständige .....</i>	<i>19</i>
<i>Aufbau eines frei zugänglichen Public-Data-Warehouses.....</i>	<i>19</i>
<i>Re-Etablierung des Wirtschaftsstandorts Berlin.....</i>	<i>20</i>
<i>Mehr soziale Marktwirtschaft, weniger Staat.....</i>	<i>20</i>

## Vorwort

### **Der Bürger im Zentrum**

Nach über 30 Jahren Berliner „Arm-aber-sexy – Wurstigkeit“ stellen wir FREIE WÄHLER Berlin wieder den Bürger ins Zentrum von Verwaltungshandeln und Politik und fördern damit die Entwicklung unserer Stadt. Der Bürger ist kein Bittsteller oder Untertan und wir FREIE WÄHLER betrachten es als unsere Aufgabe für eine lebenswerte Stadt für ALLE Bürger zu sorgen. Ein Berliner muss nicht dankbar sein für eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur, gleichberechtigt für alle Verkehrsteilnehmer, für sichere Lebensräume, für gute Kitas und Schulen sowie für eine effiziente Verwaltung - er darf all das von uns erwarten. Denn unsere Demokratie funktioniert nur, wenn wir als freie Bürger uns für sie interessieren und mitwirken.

Jeder Bürger hat das Recht, sein Leben so zu gestalten, wie es ihm am besten gefällt. Wer bestimmte Gruppen aufgrund der Herkunft, sexueller Orientierung, Aussehen oder schlicht ihrer Meinung ausgrenzt, betreibt nicht das Werk des Rechtsstaats, sondern das seiner Feinde. Solches Verhalten lehnen wir auch in unserem Handeln ab.

Wir FREIE WÄHLER verstehen uns als lösungsorientierte und ideologiefreie Partei, die pragmatisch und kooperativ an die Arbeit geht. Umerziehungsversuche des Staates oder seiner Institutionen lehnen wir ab, weil die Bürger in unserer Stadt selbstverantwortlich und mündig sind und sich frei entfalten dürfen.

Unsere Stadt wird in den nächsten Jahren wachsen; es wird weiteren Zuzug in die Zentren dieser Stadt geben. Wir werden uns als Bürger dieser Stadt gemeinsam den Fragen des Wohnungsbaus stellen müssen, den Fragen der gleichberechtigten Verkehrsinfrastruktur ebenso wie denen des Umweltschutzes. In der Frage des Wohnungsbaus gilt es, Freiräume der Erholung im Sinne des Klima- und Umweltschutzes zu erhalten und dennoch an die Herausforderungen der Zukunft anzupassen. Mit uns wird es kein Enteignen oder planloses Zubetonieren geben; allerdings müssen Brachen erschlossen werden, wo dies notwendig, sinnvoll ist und von den Bürgern in Kooperation mitgetragen wird.

Die Verkehrssituation in der Stadt erfordert neue Antworten. Unsere Leitlinie lautet hier: „Der Verkehr muss fließen!“ Dies ist im Interesse von Klima- und Umweltschutz wie auch der wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt. Staus, bedingt durch ineffiziente Baustellenplanungen, verursachen einen enormen volkswirtschaftlichen Schaden.

Der öffentliche Nahverkehr ist eine tragende Säule der Mobilität der Bürger. Insbesondere in den Außenbezirken soll den Bürgern eine funktionale Alternative zum Auto geschaffen werden. Um Gleichberechtigung und Schutz aller Verkehrsteilnehmer zu schaffen, bedarf es einer Kennzeichnungs- und Versicherungspflicht für Fahrräder.

Berlin muss wieder ein starker Wirtschaftsstandort werden, von dem alle über gut bezahlte Arbeit profitieren können. Hierzu brauchen wir die Möglichkeit des Zuzugs von Industrie, von Mittelstand und kleineren Unternehmen. Dieser Ausbau des Wirtschaftsstandortes Berlin ist Garant für Wachstum in der Zukunft. Die überbordende Bürokratie in Verwaltung und Wirtschaft muss dringend abgebaut werden. Staatliche Überregulierungen sind ein Bremsklotz und blockieren eine notwendige starke Entwicklung dieser Stadt.

Unser Berlin wird mit uns ein Raum sein für innovative Forschung und Entwicklung, unsere Stadt muss wieder ein Zentrum für exzellente Wissenschaft von Weltgeltung werden.

Berlin ist eine Stadt, in der bürgerschaftliches Engagement in vielfältiger Weise gelebt wird: Sei es in den Sportvereinen oder in nachbarschaftlichen Zusammenschlüssen, wo Integration und gesellschaftlicher Zusammenhalt ein Stützpfiler des friedlichen Zusammenlebens sind. Dies gilt auch für die gesellschaftlich bedeutsame Kulturförderung, die die Stadt lebenswert und zum Besuchermagneten macht. Dies gilt es zu unterstützen!

Im Bereich der Bildung wird sich vieles verbessern: Die Digitalisierung ist voranzubringen und der Lehrerberuf ist attraktiver zu machen. Das Thema Mobbing muss endlich strukturell in den Schulen verankert werden und darf nicht länger als bloße „Hänselei“ abgetan werden. Der individuelle psychische und damit auch gesellschaftliche Schaden, der durch Mobbing entsteht, ist nachhaltig. Auch die duale Ausbildung bedarf einer Förderung, um die Ansiedlung und den Erhalt von Handwerksbetrieben und des Mittelstandes zu ermöglichen. Berlin braucht Fachkräfte, insbesondere im Bereich des Handwerks und auch in den sozialen Berufen.

Berlin muss wieder sicher für alle Bürger werden, rechtsfreie Räume wird es mit uns nicht geben.

Insbesondere die völlig aus dem Blickfeld geratene Organisierte Kriminalität verursacht enorme gesellschaftliche und finanzielle Schäden und darf nicht mehr hingenommen werden. Dazu bedarf es einer gut funktionierenden Gerichtsbarkeit, die zeitnah alle Vorgänge bearbeiten kann.

Auch der Jugendschutz braucht besondere Unterstützung. Die Jugendämter sind seit vielen Jahren überfordert mit der Fülle von Problemfällen. Wir müssen diesen Kindern im Sinne des Kindeswohls unterstützend zur Seite stehen. Dazu bedarf es einer persönlichen Unterstützung, für die wir uns einsetzen.

Gleichzeitig wollen wir die Ordnungsämter für polizeiliche Aufgaben ertüchtigen. Die Ordnungsämter sind regional stark präsent und können helfen, die Stadt sicherer und

sauberer zu halten, ohne dabei das Augenmaß zu verlieren. Fragen, die sich in den Bezirken stellen, müssen in den Bezirken beantwortet werden. Dafür setzen wir uns als regional verwurzelte Partei ein!

Der Staat ist Diener der Bürger - nicht umgekehrt!

## **Leben in Berlin**

### **Teilhabe für Menschen mit Behinderung**

Ein besonderes Augenmerk haben die FREIE WÄHLER Berlin auf Menschen mit Behinderung. Sie benötigen unsere besondere Unterstützung und müssen jede erdenkliche Hilfe erhalten. Insbesondere muss auf die bauliche Veränderung im Straßenbau und ganz besonders beim Wohnungsbau auf Barrierefreiheit geachtet werden.

Die Erziehung und Sorge für die heranwachsenden Generationen sind das natürliche Recht und die Pflicht der Eltern bzw. der Sorgeberechtigten. Das Land Berlin soll Mütter, Väter und Sorgeberechtigte bei der Kindererziehung unterstützen. Sie müssen im Rahmen der Gesetze frei über die Gestaltung ihres Familienlebens entscheiden können.

Ein weiteres wichtiges Augenmerk haben die FREIE WÄHLER Berlin auf unsere behinderten Kinder, sie sind das schwächste Glied der Gesellschaft. Wir FREIE WÄHLER Berlin fordern eine Aufstockung der Inklusionsplätze für Kinder mit Behinderung in Kitas und Schulen. Dazu gehört auch die Erhöhung der Anzahl und Ausbildung von Fachpersonal. Unterstützung der Familien bei der Betreuung im Krankheits- und Reha-Fall ist eine weitere erforderliche Maßnahme.

Kliniken, die speziell für diese Patienten eingerichtet sind, müssen stets unter der Aufsicht von Bund und Ländern bleiben.

### **Berlintypisches bewahren - Freiräume gestalten**

Unser oberstes Ziel ist ein friedliches, gesundes und sicheres Zusammenleben aller Berliner in der Hauptstadt. Wir befürworten ein lebenswertes Stadtklima, egal ob es um saubere Luft oder respektvolles Miteinander geht. Berlin ist reich an Freiräumen. Diese wichtigen Erholungs-, Entfaltungs- und Rückzugsräume gilt es, trotz der notwendigen Veränderungen durch Tourismus, Zuzug und Wirtschaftswachstum zu bewahren. Die Partizipation der Bürger an den hierfür notwendigen politischen Entscheidungen verstehen wir FREIE WÄHLER als zentralen Bestandteil der Sicherung unserer Lebensqualität.

Berlin ist durch die Vielfalt der unterschiedlichen Bezirke geprägt. Das Herz Berlins schlägt in seinen Kiezen. Hier muss im Kleinen die Qualität der Freiräume bewahrt werden.

Grünflächen, Parks und Spielplätze, in denen Nachbarschaft und Gemeinschaft gelebt werden, müssen für die Bewohner besonders geschützt werden. Die Berliner Forsten sind als Erholungsgebiet für den Großraum Berlin zu erhalten. Einen Verkauf oder eine Bebauung der Flächen lehnen wir ab.

### **Nachbarschaftliches Engagement wertschätzen**

Sport hat in Berlin einen sehr hohen Stellenwert. Getragen wird der Sport von Vereinen in den Bezirken und häufig auch auf ehrenamtlicher Basis. Die vielfältigen positiven Funktionen aller Sportarten, sei es Integration oder auch Inklusion, erfordern eine verlässliche Förderung. Wir FREIE WÄHLER Berlin wollen besonders die Vernetzung von jungen, älteren und behinderten Menschen sowie der Familien in den Bezirken stärken und fordern dafür auch, das nachbarschaftliche Engagement stärker wertzuschätzen. Solche ehrenamtlichen Aktivitäten dienen dem Gemeinnutz und müssen gefördert und weiter ausgebaut werden.

### **Wachsen - Bauen - Wohnen**

Wir sind gegen die Enteignung von Wohnungen. Mit diesem Vorgehen würde keine einzige neue Wohnung geschaffen werden. Die dafür vorgesehenen Milliardenbeträge an Steuermitteln müssen stattdessen in den Neubau von Sozialwohnungen investiert werden. Wir sind für die Bereitstellung von Wohnraum ohne ideologische Eingriffe in die freie Marktwirtschaft. Allerdings muss spekulativem Erwerb von Wohnraum durch Großinvestoren Einhalt geboten werden.

Der beste Mieterschutz ist die Förderung von Wohneigentum. Die Bestände der kommunalen Wohnungsbaugesellschaften müssen den Mietern zu Marktpreisen als selbstgenutztes Wohneigentum angeboten werden. Hierzu ist staatliche Unterstützung durch Erleichterungen, etwa bei der Grunderwerbsteuer sowie Teilbürgschaften anzubieten, die jedoch jeweils an eine langfristige Eigennutzung zu binden sind. Auf Antrag der Mehrheit der Mieter ist zudem die Umwandlung von Wohnungsbestand kommunaler Wohnungsbaugesellschaften in den Bestand von Wohnungsbaugenossenschaften zu ermöglichen und zu fördern. So werden die Bürger von Bittstellern zu souveränen Eigentümern beziehungsweise mitspracheberechtigten Genossenschaftsmitgliedern und Miteigentümern.

Wir FREIE WÄHLER Berlin fordern zur Entlastung des Berliner Wohnungsmarktes und zur Steigerung der Attraktivität Berlins für Ausbildung und Studium den Ausbau des Angebots von Plätzen in Studentenwohnheimen bzw. die Schaffung eines adäquaten neuen Wohnungsangebots im Bereich des Sozialen Wohnungsbaus. Private Investitionen und der Bau von Wohnungen sowie notwendige Renovierungen müssen wieder möglich sein. Brachflächen sollen dann bebaut werden können, wenn das Stadtumfeld entsprechend berücksichtigt wird und keine Betonwüsten entstehen. Bei einer längerfristigen Nicht-Nutzung von bebauten oder laut Bauplanung zur Bebauung vorgesehenen Grundstücken ist es den für Bau- und Stadtplanung zuständigen Ämtern in den Bezirken zu vereinfachen, Auflagen anderer Behörden nach Rücksprache mit diesen abzuschwächen oder aufzuheben, um die Schaffung von Wohnraum oder Gewerbeflächen zu ermöglichen.



### **Kulturförderung**

Kultur bereichert das Leben aller und stiftet Identität. Wir FREIE WÄHLER Berlin fordern, dass Berlin ein herausragender kultureller Magnet bleibt, ohne die Interessen der Bewohner zu vernachlässigen. Die vielfältige Clubkultur, Gastronomie und Kleinkunst Berlins müssen in besonderer Weise gefördert werden.

Zur Überwindung der Folgen des Corona-Lockdowns fordern wir für die Berliner Kulturszene eine temporäre Kulturförderung. Diese soll an den Berliner Familienpass angelehnt sein, mit besonderen Ermäßigungen und Angeboten, insbesondere für Jugendliche, Familien und Inhaber des Berlinpasses. Wir wollen zudem bezahlbare Arbeits- und Wohnmöglichkeiten schaffen und speziell für junge Künstler Kreativräume, z. B. für Ausstellungen, in den Bezirken fördern.

### **Konsequenter Schutz von Pflanzen und Tieren**

Wir FREIE WÄHLER Berlin fordern das Ende eines planlosen Zubetonierens und der un kreativen Versiegelung unserer Stadt. Mit einer kontrollierten Stadtentwicklung muss der Ausbau einer „Grünen Lunge“ für saubere Luft und Erholungsräume einhergehen. Dabei haben das Straßenbegleitgrün, die Straßenbäume und die Kleingärten eine wichtige ökologische Funktion, Letztere leisten gleichzeitig einen wichtigen Beitrag für eine generationenverbindende Stadtkultur. Ein auszubauendes Förderinstrument soll weiterhin die Etablierung von Patenschaften für Stadtbäume durch Kitas, Schulen, Wohnprojekte, Altersheime etc. sein. Die in Berlin lebenden Pflanzen und Tiere verdienen nicht zuletzt auch in ihrer stadtoökologischen Funktion besonderen Schutz und Fürsorge.

Wir FREIE WÄHLER Berlin fordern daher die konsequente Umsetzung des Tierschutzes, auch durch eine Stärkung der polizeilichen und staatsanwaltschaftlichen Ermittlungskapazitäten und die punktgenaue Förderung von Tierheimen, sowie in privater Trägerschaft wie etwa die Wildvögelstationen. Wir unterstützen die Erforschung von Alternativmethoden für Tierversuche und eine echte paritätische Besetzung der Tierversuchskommission. Dem qualvollen Töten der Igel muss durch eine rechtzeitige Abfuhr von Laubhaufen durch die BSR ein Ende gesetzt werden. In unserer Stadt ist zudem kein Platz, um lebendige Tiere zur bloßen Unterhaltung in Zirkussen einzusetzen.

### **Migration und Integration**

Wir stehen zu unserem Asylrecht und wollen unserer humanitären Verpflichtung gerecht werden. Verfolgte und Bürgerkriegsflüchtlinge genießen Schutz, bis die Lage in ihren Heimatländern eine Rückkehr zulässt. Illegale Einwanderung lehnen wir ab.

Diejenigen Zugewanderten, die bei uns bleiben werden, müssen wir so gut wie möglich in unsere offene Gesellschaft eingliedern. Doch Integration ist keine Einbahnstraße. Damit sie gelingt, müssen wir die Zugewanderten fördern, aber auch ihre Bereitwilligkeit einfordern.

Der Erwerb der Sprache durch Integrations- und Deutschkurse an den Volkshochschulen in den Berliner Bezirken, die dazu personell und sächlich gut ausgestattet werden müssen, muss verpflichtend sein. Die Bereitschaft, sich für unseren Arbeitsmarkt zu qualifizieren, aber auch unsere liberale Gesellschaftsordnung anzuerkennen, die grundsätzliche Ordnung der Bundesrepublik Deutschland und unsere Gesetze zu befolgen, gehören unweigerlich dazu.

Ebenso wollen wir, dass der Bund vollumfänglich für die Kosten der Integration der Flüchtlinge aufkommt. Hier fordern wir die Einhaltung des Konnexitätsprinzips - wer bestellt, der bezahlt. Das Land Berlin darf nicht weiter durch Entscheidungen auf Bundesebene belastet werden, denn es braucht seine finanziellen Mittel, um die Aufgaben für seine Bürger wahrzunehmen.

## **Lernen in Berlin**

### **Den Lehrerberuf attraktiver machen**

Mit einer Offensive für gut ausgebildetes Personal an den Schulen wollen wir mehr Lehrkräfte für unsere Schulen gewinnen. Berlin ist das einzige Bundesland, das seine Lehrkräfte nicht (mehr) verbeamtet. Das müssen wir ändern, um eine weitere Abwanderung hochqualifizierten Personals zu verhindern. Wir fordern die Wiedereinführung der Verbeamtung von Lehrern an Berliner Bildungseinrichtungen!

### **Digitale Aufklärung**

Die zunehmende Digitalisierung und insbesondere das sinkende Alter der Nutzer von Smartphones, Sozialen Medien und anderen digitalen Inhalten geht auch mit gewissen Risiken einher. Welche Auswirkungen der falsche Umgang mit sozialen Medien haben kann, vor allem in Bezug auf das leichtgläubige Teilen von "Fake News", wurde in den vergangenen Jahren sichtbar. Auch das leichtfertige Hochladen von eigenen Bildern und Informationen birgt Gefahren für Belästigung, Cyber-Mobbing und andere Straftaten mit erheblichem Einfluss auf das eigene Leben.

Wir FREIE WÄHLER Berlin fordern daher, dass Schüler bereits frühzeitig den richtigen Umgang mit digitalen Medien lernen und welche möglichen Gefahren zu erwarten sind. Die FREIE WÄHLER Berlin führen verbindliche Unterrichtseinheiten ein, in der ein verantwortungsvoller Umgang mit dem Internet geübt wird.

### **Mehr Praxis in den Lerninhalten**

Alle Lerninhalte müssen dahingehend überprüft werden, ob sie noch zeitgemäß sind und unwichtige Inhalte müssen gekürzt werden. Die frei werdende Zeit möchten wir mit praxisrelevanten Inhalten füllen, die bisher an den meisten Schulen zu kurz kamen. Dazu gehört, die Grundlagen unseres Rechtsstaats und der sozialen Marktwirtschaft alltagstauglich zu vermitteln. Förderung des praktischen Verständnisses ökonomischer Zusammenhänge und der Frage, wie eigentlich volkswirtschaftlicher Mehrwert erwirtschaftet wird. Dafür wären ehrenamtliche Dozenten aus dem Bereich des Unternehmertums (Handwerksmeister etc.) sinnvoll. In diesem Kontext sollen auch monetäre Fragestellungen zu Versicherungen, Geldanlagen oder Steuern diskutiert werden, um den Schülern ein Instrumentarium an die Hand zu geben, diese Dinge in ihrem späteren Alltag selbst zu verwalten.

Schülerinnen und Schüler werden oft unabhängig von ihren individuellen Fähigkeiten und Interessen unterrichtet. So sollte es auch vermehrt die frühzeitige Möglichkeit geben, praktische Begabungen wertzuschätzen und zu fördern.

Deshalb fordern wir FREIE WÄHLER Berlin an allen Berliner Schulen die Wahlpflichtfächer Informatik, Wirtschaft und Handwerk.

### **Gerechtere Studienplatzvergabe**

Bei der Studienplatzvergabe fordern wir mehr fachspezifische Eignungstests statt Vergabe nach Abiturnoten, um individuellen Talenten besser gerecht zu werden. Dabei sollten je nach Studiengang auch praktische und handwerkliche Begabungen einfließen können. Wir FREIE WÄHLER Berlin sehen es als die Aufgabe der Universitäten, genügend Studienplätze bereitzustellen und als die Aufgabe der Politik, die Rahmenbedingungen und die finanzielle Ausstattung dafür zu schaffen, damit geeignete Bewerber einen entsprechenden Studienplatz erhalten. Insbesondere müssen die Ausbildungskapazitäten in den medizinischen Studiengängen deutlich erhöht werden. Hier kann Berlin mehr leisten! Um bei den Kapazitäten flexibler zu sein, muss auch die universitäre Fernlehre ausgebaut werden.

### **Aufwertung der beruflichen Bildung**

Wir wollen die berufliche Bildung aufwerten. Das duale Ausbildungssystem hat sich über Jahrzehnte bewährt. Hervorragend ausgebildete Facharbeiter sind die Basis unserer Wirtschaft. Wir fordern, dass die berufliche Ausbildung in der Bildungspolitik wieder aus dem Schatten der akademischen Ausbildung hervortritt und deutlich stärker gefördert wird als bisher. Der Meister muss als einem akademischen Studienabschluss gleichwertig anerkannt werden.

### **Mehr intellektuelle Vielfalt**

Auch die Bandbreite an (Wahl-)Fächern sollte gesteigert werden und das Individuum mehr Schwerpunkte setzen dürfen. Staatliche Bildung darf die Menschen nicht in ihrem Denken vereinheitlichen, sondern muss Kreativität fördern. Das Individuum muss sich herausbilden können und darf nicht im Gemeinschaftssinn untergehen. Jeder Mensch muss sich aus einem großen Angebot an Bildung das herausuchen dürfen, was zu ihm passt.

### **Volkshochschulen und Musikschulen stärken**

Neben den Volkshochschulen sind auch öffentliche Musikschulen Orte der Weiterbildung, im Besonderen auch Einrichtungen, in denen Kinder und Erwachsene musikalische Grundkenntnisse nach eigener Interessenlage erlangen können. Durch die günstigen Preise ermöglichen sie Teilhabe aller Bevölkerungsschichten.

Deshalb fordern wir FREIE WÄHLER Berlin eine bessere räumliche und finanzielle Ausstattung der Volkshochschulen und Musikschulen!

### **Guter Start – Gute Bildung**

Die FREIE WÄHLER Berlin setzen sich für einen Vorschulunterricht in der Kita oder in der Schule ein, der unter der Leitung einer schulischen Lehrkraft und einem Erzieher der Kita durchgeführt wird. In einem vorschulischen Lehrplan wird festgeschrieben, welche Basics die Kinder bis zum Eintritt in die Schule erlernen müssen.

### ***Gute Schulen brauchen gute Lehrer***

Der Lehrerberuf muss für junge Menschen wieder ein lohnendes Studienziel sein. Wir fordern eine Verringerung der zu leistenden Unterrichtszeit, damit Lehrkräfte mehr Raum für die Vorbereitung qualitativ hochwertigen Unterrichts haben. Lerngruppen müssen verkleinert werden, damit Unterricht nicht zur Massenabfertigung wird, die keinen Raum für ein konstruktives und persönliches Lehrer-Schüler-Verhältnis lässt. Zusätzliche Aufgaben, wie Klassenleitung und Fachleitung, müssen mit einer spürbaren Unterrichtsentlastung einhergehen, damit sie gewissenhaft ausgeführt werden können.

### ***Kein Gendern an Berliner Schulen***

Wir FREIE WÄHLER Berlin sprechen uns gegen das Gendern in Schul- und Lehrbüchern aus. An unseren Bildungseinrichtungen darf die Sprache nicht durch andere oder der gegenderten Sprache zurückgedrängt werden. Unsere Sprache ist Bindemitglied aller Kulturen in unserem Land und muss zur normalen Kommunikation Pflicht an deutschen Schulen bleiben. Die gut ausgeprägte und sichere Sprache und Kommunikation bilden den wichtigsten Grundstock für die gesamte Bildung. Ziel muss sein, dass jedes Kind zum Ende der Grundschulzeit Lesen, Schreiben und Rechnen sicher beherrscht. Der Fokus auf das Gendern schafft Ungleichheiten und irritiert in der Bildung und Kommunikation. Sie erschwert die Vermittlung des eigentlichen Schulstoffes und spaltet die Gesellschaft. Klassische Literatur darf nicht verunglimpft werden. Sie ist Teil der deutschen Geschichte und verdient schulische und sprachliche Akzeptanz.

### ***Gegen Mobbing an Berliner Schulen***

Wir FREIE WÄHLER Berlin positionieren uns zu den betroffenen Mobbingopfern an Berliner Schulen und fordern eine konsequentere Ahndung von Mobbing. Mobbing muss immer zur Chefsache erklärt werden und darf kein Kavaliersdelikt für Schüler sein. Ausführende müssen bei konkretem Schuldnachweis mit spürbaren Konsequenzen mit sozialem Charakter zur Verantwortung gezogen werden. Ein Täter-Opfer-Konzept muss an jeder Schule erarbeitet und begleitet werden, bestenfalls mit psychologischer Unterstützung. Betroffene benötigen explizit geschulte Ansprechpartner und ein Ernstnehmen der Person und Situation. Vertrauenslehrer bedürfen einer zertifizierten Schulung und ständiger Supervision, um den wachsenden Anforderungen mit den verschiedensten Angelegenheiten einer betroffenen Person gerecht zu werden. Sind der oder die Täter unbelehrbar, müssen sie die Schule verlassen, nicht der oder die Gemobbte!

Zudem muss die Präventionsarbeit an jeder Berliner Schule ab Klasse 5 verpflichtend eingeführt, ab der weiterführenden Schule durch praktische Schulungen intensiviert werden.

### ***Abschaffung des Schulgelds in allen sozialen Ausbildungsberufen***

In Berlin herrscht ein eklatanter Mangel an medizinischen, sozialen und pädagogischen Fachkräften. Um dem entgegenzuwirken und die Ausbildung attraktiver zu machen, fordern wir FREIE WÄHLER Berlin jegliche Kostenübernahme der Träger für die

Ausbildung in ALLEN sozialen Berufen und somit die komplette Abschaffung von Schulgeld sowie eine Ausbildungsvergütung wie es im Handwerk allüblich ist.

## **Bewegen in Berlin**

### **Freie Fahrt für freie Bürger**

Wir FREIE WÄHLER Berlin stehen für den fairen Interessensausgleich aller Verkehrsteilnehmer.

Daher lehnen wir eine autofreie Stadt grundsätzlich ab. Willkürliche Pop-up Radwege ohne Beteiligung der Anwohner sowie Diesel - bzw. Motorradfahrverbote sind für uns nicht hinnehmbar. Weiter lehnen wir eine City-Maut und weitere Umwandlung von Neben- in Fahrradstraßen ab. Zusätzlich treten wir für eine Begrenzung der Parkraumbewirtschaftung und die Reduzierung der Gebühren für Anwohnerparkausweise ein. Stattdessen müssen wir wieder deutlich mehr Parkraum schaffen und gleichzeitig die kostbare Ressource „Platz“ sinnvoll nutzen. Überall, wo unterirdische Tiefgaragen privat errichtet und betrieben werden sollen, sind diese grundsätzlich zu genehmigen. So reduzieren wir den Parkraumsuchverkehr und mindern den Brennstoffverbrauch. Die Parkplätze, für die Ausgleichsabgaben geleistet worden sind, sind entweder wieder einzurichten oder die Ausgleichsabgaben zu erstatten.

Um den Verkehr in der Innenstadt zu entlasten, befürworten wir die Fertigstellung des Stadtringes.

Der fließende Verkehr muss wieder das Leitbild Berliner Verkehrspolitik werden. Daher sollte Tempo 30 auf Hauptverkehrsstraßen nur mit Augenmaß und Bürgerbeteiligung eingerichtet werden, notwendigerweise aber vor sozialen Einrichtungen wie Kitas, Schulen, Krankenhäusern und Seniorenheimen. In Berlin sind die Hauptmagistralen bzw. Hauptstraßen auf grüne Welle zu schalten, um unnötiges Anhalten, Stehen und Anfahren zu vermeiden. Die technischen Voraussetzungen dafür sind vorhanden. Der Erhalt bzw. Wiederauf- und Ausbau der grünen Abbiegepeile wird zum reibungsloseren Verkehrsfluss beitragen und dient zudem erheblich der Unfallminimierung mit Fußgängern und Radfahrern. Weiter ist der Abbau des „Schilderwaldes“ dringend notwendig.

Wir FREIE WÄHLER Berlin fordern zudem eine bessere Logistik bei der Baustellenplanung, um einen oft wochenlangen Stillstand zu verhindern. Alle notwendigen Sperrungen des Straßenverkehrs aufgrund von Baumaßnahmen dürfen erst dann erfolgen, wenn die Baumaßnahmen beginnen – nicht bereits weit vorher. Nach Beendigung dieser Bauarbeiten muss zeitnahe die Abnahme erfolgen, mit sofortiger Freigabe des Verkehrs. Baustellen, die eine Verkehrssperrung mit sich führen, an denen zwei Wochen lang nach Sperrung nicht gearbeitet wird, sind umgehend dem Verkehr wieder zur Verfügung zu stellen. Die Kosten trägt der für die Verzögerung Verantwortliche. In den Außenbezirken fordern wir eine höhere Bereitstellung von „Park & Ride“ Parkplätzen und eine Prüfung zusätzlicher ampelfreier Kreisverkehre sowie Fahrrad-Stellplätze. Mittel- bzw. Seitenstreifen müssen entweder ökologisch sinnvoll und feinstaubbindend begrünt und/oder als Parkraum benutzt werden. Wir sind bereit, nächtlichen Lieferverkehr zuzulassen, wo dies möglich ist.

Wir FREIE WÄHLER setzen uns dafür ein, dass auch Touristenschiffe und die behördliche Schifffahrt zukünftig mit emissionsarmer Antriebstechnologie betrieben werden.

### **ÖPNV stärken**

Wir FREIE WÄHLER Berlin setzen auf einen konsequenten U-Bahn- und S-Bahn-Ausbau, insbesondere in den Außenbezirken. Auch hier bestehen wir allerdings auf den fairen Interessenausgleich. Ein Tram-Ausbau darf nicht den Autoverkehr beschneiden, sondern muss ihn ergänzen. Wichtig sind mehr Pünktlichkeit und eine höhere „Taktung“, um die Attraktivität des ÖPNV zu erhöhen. Eine Aufspaltung der S-Bahn Berlin lehnen wir aufgrund der schlechten Erfahrungen in anderen Regionen ab. Ebenso lehnen wir die eine Fusion der S-Bahn mit der BVG ab. Wir befürworten die Anschaffung neuer Busse mit moderner Ausstattung. Die Haltestellen müssen sauberer und in jeder Hinsicht barrierefrei ausgebaut werden. Hier spielen der weitere Ausbau von Aufzügen und die gleiche Ein- und Ausstiegshöhe bei Bussen, Trams sowie S- und U-Bahnen eine zentrale Rolle. Wir plädieren für die Einführung von Zugangskontrollsystemen an den Eingängen der U- und S-Bahnhöfe, um das „Schwarzfahren“ erheblich zu erschweren. Wir unterstützen die Forderung des Baus einer weiteren Ringbahn durch die Außenbezirke. Die Ausweitung des „BerlKönig“-Angebots ist für uns dringend wünschenswert.

### **Freie Fahrt für alle Mobilitätsmöglichkeiten**

Die Ausweitung des Marktes durch Wettbewerber bewirkt attraktivere Preise. Inzwischen bieten „Apps“ jedem Bürger die Chance, den günstigsten und schnellsten Fahrdienst zu bestellen. Diese Möglichkeit erachten wir als zeitgemäß und zielführend, wenn alle Anbieter auch denselben Regeln unterworfen sind. Eine hervorragend funktionierende Beweglichkeit ist Grundlage einer modernen Weltstadt. Dabei fördern wir ebenso den Individualverkehr und unterstützen die Angebote des Car-Sharings.

### **Überregional Denken**

Wir unterstützen den geplanten „Deutschland Takt“ der Bahn. Die zusätzliche Nutzung des Bahnhofs Zoo als Fernbahnhof ist wünschenswert.

### **Sicherheit und Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer**

Wir FREIE WÄHLER Berlin plädieren für die Kennzeichenpflicht bei Fahrrädern, die von Erwachsenen genutzt werden, in Verbindung mit einer Haftpflichtversicherungspflicht. Dies soll zum einen eine Wiedererkennung ermöglichen und Diebstählen vorbeugen, zum anderen die Verkehrssicherheit durch aktive Nachverfolgung von Ordnungswidrigkeiten erhöhen. Eine kurze Schulung zur StVO mit Test befürworten wir ab dem Grundschulalter. Davor sollten Übungsstunden im „Verkehrskindergarten“ gefördert werden. Durch eine Initiative im Bundesrat möchten wir bewirken, dass die Höhe der Promillegrenze für alle Fahrzeugführer den Autofahrern entsprechend angepasst wird. Um die Sicherheit weiter zu erhöhen, schlagen wir eine versetzte Signalschaltung bei



Radfahrrampen vor, damit Auto- und Radverkehr entzerrt werden und die Gefahr beim Rechtsabbiegen minimiert wird. Wir plädieren für die Sanierung vorhandener Radwege und die Pflicht, diese zu nutzen.

Wir achten das Recht und die Sicherheit der Fußgänger. Beim Übergang von einer zur anderen Straßenseite sind behindertengerechte Absenkungen der Gehwege erforderlich. Zudem sollen die Taktzeiten bei Fußgängerampeln zum Überqueren der Straße verlängert werden. Zur Förderung des Fußgängerverkehrs und der Sicherheit der Schulwege fordern wir den Ausbau von Zebrastreifen, insbesondere in Kita-, Spielplatz- und Schulinähe. Die Schaffung von „Bike & Ride“-Abstellplätzen, möglichst überwacht und mit Ladesäulen ausgestattet, wird dem Anspruch einer modernen Stadt gerecht.

### **Erschließungsbeiträge für DDR-Sandpisten abschaffen**

Öffentliche Straßen sind für jedermann zugängliche Güter der Allgemeinheit. Also ist die Verbesserung ihres Zustandes auch aus öffentlichen Mitteln zu finanzieren. Die willkürliche Unterscheidung zwischen bereits als erschlossen geltenden öffentlichen Straßen und als nicht erschlossen geltenden „Sandpisten“ aus der Zeit vor der Wiedervereinigung ist zu beenden. Das heißt konkret: Erschließungsbeiträge für Erschließungsanlagen oder Teile von Erschließungsanlagen, die vor dem 3. Oktober 1990 hergestellt oder für Verkehrszwecke genutzt wurden, sind abzuschaffen.

### **Freie Wege für freie Bürger**

Fast alle Menschen in Berlin gehen zu Fuß; für viele Ältere und alle Schulkinder ist Gehen die wichtigste Mobilitätsform. Sie brauchen besonderen Schutz. Von guten Geh-Bedingungen profitieren auch Handel und Tourismus. Die schönen und repräsentativen Orte unserer Stadt lassen sich zu Fuß für die meisten Menschen erschließen und am besten erleben. Wir wollen darum freie, geräumige und sichere Gehwege.

Das Fahren auf dem Gehweg und das störende Abstellen von Fahrzeugen aller Art muss mit mehr Kontrollen unterbunden werden. Fahrräder und E-Scooter zum Verleihen brauchen feste Stationen, an denen sie abgestellt werden. Gastronomie und Handel im Außenbereich beleben die Stadt, dürfen aber das freie Gehen nicht behindern.

Um zu Fuß sicher über die Fahrbahn zu kommen, haben sich Zebrastreifen und Mittellinien bewährt. Hier müssen alle weniger warten: Fußgänger gar nicht und Fahrer nicht vor roten Ampeln, auch wenn niemand über die Fahrbahn geht. Für Zebrastreifen muss das Verwaltungsverfahren mit 18 Schritten und durchschnittlich drei Jahren Dauer entbürokratisiert und beschleunigt werden. An vielen Straßenkreuzungen können und sollten Fußwege mit Gehweg-Vorstreckungen erweitert werden. Fahrer und Fußgänger können einander besser sehen; der Weg über die Fahrbahn wird kürzer. Für Fahrer ist zudem der Bereich eindeutig erkennbar, in dem nicht geparkt werden darf.

Parks, Grünanlagen, Uferwege und Plätze in Berlin sind zur Erholung und Entspannung da, zum gemeinsamen Erleben und Genießen. Den Fahrradverkehr darf dies nicht einschränken. Wir lehnen Radrouten durch Grünanlagen, verkehrsberuhigte Gebiete und Fußgängerzonen ab. Auch Plätze müssen davon freibleiben; es darf keinen Radschnellweg durch das Brandenburger Tor geben. Vom Tor ausgehend wollen wir dem Boulevard Unter-den-Linden historische Flanierqualität zurückgeben. Besondere Potenziale bietet die Mittelpromenade, die mit stilvoller und maßvoller Möblierung und kleinteiliger Gastronomie zu Berlins attraktivster Touristenmeile werden kann. Auf der Museumsinsel wollen wir den Stadtraum um das Schloss zum Flanieren und Verweilen aufwerten.

Für Notdienste, Lade- und Lieferverkehr, Taxis und andere Verkehrsteilnehmer mit häufigem kurzzeitigem Parkbedarf sind zusätzliche Parkplätze als Lade- und Lieferzonen auszuweisen. Dies ist wirksam gegen Parken in der zweiten Reihe sowie auf Geh- und Radwegen.

### ***Saubere Mobilität für Berliner Amtsträger***

Wir FREIE WÄHLER sind der Meinung, dass Amtsträger zunächst als gutes Beispiel vorgehen müssen, um ein allgemeines Umdenken zu gewährleisten. Daher fordern wir, dass Dienstwagen der Berliner Amtsträger auf emissionsarme Antriebsarten umgestellt werden.

## Service in Berlin

### **Entwicklung des Ordnungsamts zu einer Bezirkspolizei**

Wir FREIE WÄHLER Berlin möchten das Ordnungsamt nach hessischem Vorbild zu einer Bezirkspolizei weiterentwickeln. Hierzu sollen u. a. die Mitarbeiter aus- und fortgebildet sowie entsprechend uniformiert und ausgerüstet werden. Dieser Schritt soll den Ordnungsämtern zu mehr Autorität verhelfen und gleichzeitig die Landespolizei Berlins entlasten. Dabei sollen sich die Bezirkspolizeien um die ordnungs- und verkehrspolizeilichen Belange kümmern.

### **Einer Vermüllung der Stadt entschieden entgegentreten**

Der Verschmutzung öffentlicher Flächen, wie Grünanlagen durch schwer entfernbaren Müll wie Kronkorken, Zigarettenkippen, Kaugummi oder Hundehaufen treten wir entschieden entgegen. Hierzu sind im öffentlichen Raum nach Bedarf zusätzliche Abfallbehälter aufzustellen oder die vorhandenen Abfallbehälter in bedarfsgerechten Intervallen zu leeren. Alltägliche Ordnungswidrigkeiten, die in ihrer Summe die Lebensqualität in der Stadt deutlich mindern, wollen wir effektiv bekämpfen. Bußgelder für Umweltordnungswidrigkeiten sollen daher deutlich angehoben und flächendeckend durchgesetzt werden.

### **Effiziente Kriminalitätsbekämpfung**

Wir FREIE WÄHLER Berlin stehen für eine effiziente Kriminalitätsbekämpfung. Dabei wollen wir Verbesserungen durch Verfahrensoptimierungen erreichen und weniger durch Ausweitung von Strafgesetzen. Durch die Einstellung zusätzlicher Verwaltungskräfte und durch konsequente Digitalisierung entlasten wir die Polizeivollzugsbeamten von Nebenaufgaben und schaffen so eine deutliche Stärkung des Vollzugsdienstes. Die gewonnenen Personalstunden werden wir einsetzen, um die Präsenz der Polizei in Kriminalitätsschwerpunkten deutlich zu erhöhen.

Wir FREIE WÄHLER fordern, dass die Verfahrensdauer verkürzt und sämtliche Verfahren durch personenbezogene Sachbearbeiter beschleunigt werden, damit Wiederholungstaten zugeordnet und intensiv verfolgt werden können. Die Justiz muss hierzu adäquat personell aufgestockt werden, auch um der Verjährung von Straftaten entgegenzuwirken.

Wir FREIE WÄHLER Berlin wollen eine Offenlegung von Personengruppen, die schwerpunktmäßig an kriminellen Handlungen beteiligt sind. Wir sind für die strikte Bekämpfung von Banden- und Clankriminalität. Nachweislich kriminelle ausreisepflichtige Personen müssen zeitnah und konsequent in ihre Heimatländer zurückgeführt werden.

### **Wirksamer Schutz bei häuslicher Gewalt**

Angesichts nicht nur konstant hoher, sondern sogar steigender Fälle häuslicher Gewalt und schwerer Sexualdelikte im privaten Lebensraum muss Sicherheit nicht nur in der

Öffentlichkeit, sondern auch in den eigenen vier Wänden gewährleistet werden. Grundvoraussetzung wirksamer Prävention, Strafverfolgung und des Opferschutzes ist die offene Kommunikation über Tat und Täter. Bei Vernehmungen von Tatverdächtigen und Opfern sind grundsätzlich psychologisch ausgebildete Kräfte hinzuzuziehen.

Kinder haben ein Recht auf gewaltfreie Erziehung. Wer wiederholt gegen den Partner oder Kinder zu Gewalt greift, gefährdet so das Wohl des Kindes und ist für die Erziehung ungeeignet. Der Bedeutung dieser Straftaten ist auch familienrechtlich Rechnung zu tragen, nicht zuletzt, um die Opfer vor erneutem Kontakt mit den Tätern zu schützen.

### ***Sicherheit muss verhältnismäßig sein***

Überzogener Sicherheitswahn ist keine Lösung. Wir brauchen gezielte Sicherheitsmaßnahmen, aber nur dort, wo sie wirklich etwas bewirken. Staat und Politik haben dem Menschen zu dienen, nicht andersherum.

### ***Politik und Verwaltung als Dienstleister für den Bürger***

Wir setzen uns dafür ein, dass sich Behörden, Bürger und Unternehmen auf Augenhöhe begegnen. Wir möchten, dass mehr staatliche Dienstleistungen auf zivilrechtlicher Basis geschehen, da das bisherige Vorgehen nicht mehr einem modernen Bürgerverständnis entspricht. So können etwa Bürgerämter oder Führerscheinstellen durchaus auch serviceorientiert vom Land in einer privaten Rechtsform betrieben werden, ausgenommen die Bereiche, die dem Kernbereich hoheitlicher Tätigkeiten zugeordnet werden müssen. Die stärkere Reglementierung von Selbständigen durch Ausweitung von Beitrags- und Gebührenpflichten, wie beispielsweise den Gebühren bei der Gewerbeanmeldung, lehnen wir ab.

### ***Modernisierung des Ladenöffnungsgesetzes***

Wir sind für eine grundsätzliche Modernisierung des Berliner Ladenöffnungsgesetzes für alle Geschäfte, damit Angebote sich an der Nachfrage orientieren können.

### ***Vernünftige Haushaltspolitik***

Wir sind der Meinung, dass Geld in den meisten Fällen besser bei den Menschen aufgehoben ist, die es verdient haben, als in einer riesigen, unübersichtlichen Staatskasse, die von Menschen verwaltet wird, denen der Bezug dazu fehlt, wie das Geld verdient wurde. Milliardengräber wie z. B. den Flughafen BER empfinden wir als Respektlosigkeit gegenüber den steuerpflichtigen Menschen.

Politischen Aktionismus und ständig neue, unerprobte Projekte oder gar das Streben nach Prestigeprojekten durch die Politik lehnen wir entschieden ab. Wir sehen Politik als Dienstleister, während der Innovator die Wirtschaft sein sollte, so dass das Risiko nicht bei der steuerzahlenden Bevölkerung liegt.

### **Digitalisierung der Berliner Verwaltung**

Wir FREIE WÄHLER Berlin stehen dafür, die Berliner Verwaltung durchgängig zu digitalisieren, um durch Effizienzsteigerung die Wettbewerbsfähigkeit des Wohn- und Wirtschaftsstandorts Deutschland zu verbessern. Die Bürger Berlins müssen vermehrt die Möglichkeit erhalten, digital von zuhause aus einfache Verwaltungsleistungen in Anspruch zu nehmen. Zu diesen Verwaltungsleistungen sollten beispielsweise das Beantragen von Dokumenten wie die Meldebescheinigung und das An- und Abmelden einer Wohnung zählen. Hierfür muss den Bürgern ein sicherer und nutzerfreundlicher Austausch von Dokumenten bereitgestellt werden.

Auch die Prozesse auf Seiten der Verwaltung müssen digitalisiert werden, um Effizienzsteigerungen zu erzielen. Hierfür ist es notwendig, dass Behörden untereinander gut und sicher miteinander kommunizieren, um Daten digital austauschen zu können. Dies sollte sicherstellen, dass Bürger bestimmte Daten nur einmal und nicht gegenüber mehreren Behörden angeben müssen. Generell muss erreicht werden, dass Anträge durch die Bürger Berlins bei gleichbleibender Anzahl an Beamten schneller und einfacher bearbeitet werden können. Dies betrifft insbesondere Verwaltungsleistungen, die auf klein- und mittelständige Unternehmen sowie Selbstständige ausgerichtet sind, da wir das Unternehmertum in der Hauptstadt nachhaltig entlasten müssen.

### **Verantwortung für die Opfer des Kentler Experiments**

Wir fordern eine lückenlose Aufklärung aller Missbrauchsfälle und die Offenlegung aller Verantwortlicher im Zusammenhang mit der Vermittlung von Kindern und Jugendlichen in die Obhut pädophiler Pflegevätern oder in Familien mit pädophilen Pflegevätern durch öffentliche Behörden und Jugendämter, von Ende der 1960er bis 2004, die im Rahmen des Kentler Experiments vermittelt wurden. Sollten von diesen Verantwortlichen noch heute Personen in öffentlichen Ämtern, Positionen, oder in Behörden des Berliner Senats tätig sein, sind diese sofort aus den Ämtern und der öffentlichen Anstellung, ohne weitere Vergütungen, Abfindungen, und Pensionsansprüche zu entlassen.

Wir fordern eine finanzielle Entschädigung für alle missbrauchten Personen, die von Ende der 1960er bis 2004, im Rahmen des Kentler Experiments, als Kinder und Jugendliche in die Obhut von pädophilen Pflegevätern, oder in Familien mit pädophilen Pflegevätern, von öffentlichen Behörden und Jugendämtern vermittelt wurden.

### **Stärkung der lokalen Demokratie**

Die Berliner Bezirke sind mit bis zu 400.000 Einwohnern zu groß, um als unterste Ebene der Demokratie zu dienen. Es kommt häufig vor, dass gerade kleinere Ortsteile mit ihren örtlichen Problemen in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) nicht genügend vertreten sind. Wir fordern daher zur Stärkung der lokalen Demokratie die Einrichtung von Ortsräten unterhalb der Bezirksebene.

## **Arbeiten in Berlin**

### **Mittelstand stärken – StartUps fördern**

Die Berliner Wirtschaft hat sich in den nun mehr als 30 Jahren seit der Wiedervereinigung zu einer mittelständisch geprägten, verbunden mit einem hohen Anziehungspotential für Start-Ups, entwickelt. Wir, die FREIE WÄHLER Berlin, fordern, dass Gesetze und Verordnungen verhindert werden, die den Mittelstand benachteiligen. Wir brauchen keine weiteren Auflagen und Vorschriften, sondern Entlastung für die vielen, meist familiengeführten und regional verbundenen Unternehmen.

Weiter fordern wir, den Zugang zu Kapital für kleinere Unternehmen zu vereinfachen, um auch unternehmerischer Kreativität künftig Freiheiten zu ermöglichen. Damit verbunden muss auch der Hebesatz der Gewerbesteuern für Kleinunternehmen bedarfsgerecht angepasst werden.

Start-ups sind die Zukunft und die Innovationstreiber der Wirtschaft. Sie sind die treibende Kraft unserer Zukunftstechnologien und des Fortschritts. Daher muss Berlin attraktiver für die Gründerszene werden. Dazu zählt, dass diese Innovationskraft zum Wohlstand unserer Stadt unterstützt und ausgebaut wird. Für Firmen- Neugründungen wollen wir den Zugang zu Kapital deutlich vereinfachen. Die Antragsverfahren und Genehmigungsprozesse in Berlin für Firmen-Neugründungen müssen deutlich entschlackt werden. Ineffiziente Verwaltungsstrukturen dürfen nicht länger Hinderungsgründe für eine Gründungsentscheidung sein.

### **Soziale Marktwirtschaft als Bestandteil der Verfassung Berlins**

Wir FREIE WÄHLER Berlin bekennen uns ausdrücklich zur sozialen Marktwirtschaft im Sinne Ludwig Erhards und fordern diese in der Verfassung von Berlin zu verankern. Der amtierende Senat aus SPD, Die Linke und Bündnis90/Die Grünen verfolgt eine ideologiegetriebene, wirtschaftsfeindliche Politik. Freies Unternehmertum und der Gedanke des Eigentums sollten feste Größen der Berliner Wirtschaftspolitik sein.

### **Zentrale Anlaufstelle für Selbstständige**

Unter dem amtierenden Senat hat der Bürokratiewahnsinn System. Ähnlich dem Bürgeramt fordern wir für Berlin eine zentrale Anlaufstelle nur für Selbstständige oder Gründungswillige. Mit einheitlichen Ansprechpartnern als Gesamtpaket für Anmeldungen, Genehmigungen, Beratung und Dienstleistungen. Diese Anlaufstelle muss so ausgestattet sein, dass digitale Verfahren und Prozesse Standard sind. Formulare sollen auf das Notwendigste reduziert werden.

### **Aufbau eines frei zugänglichen Public-Data-Warehouses**

Oftmals erschweren fehlende, aber nicht dem Datenschutz unterliegende Daten Innovationen für die Berliner Wirtschaft. Wir fordern daher den Aufbau eines frei zugänglichen Public-Data-Warehouse für Berlin. Dieses soll auf möglichst viele Datenbanken

der Wissenschaft und des Landes Berlin zugreifen können und so für bessere Marktanalysen für Gründung, Weiterentwicklung oder Aufbau von Firmen sorgen.

### **Re-Etablierung des Wirtschaftsstandorts Berlin**

Neben dem unverzichtbaren Mittelstand braucht Berlin industrielle Leuchttürme. Betriebe von Weltrang sind unbezahlbare Werbeträger, akquirieren regionale Aufträge für kleine und mittlere Unternehmen und tragen einen erheblichen Teil zur Innovationskraft bei. Hier hat der bisherige Senat versagt. Unsere Wirtschaftspolitik sieht eine ausgewogene Struktur vor, in der sich die Unternehmen – unabhängig von ihrer Größe – gegenseitig respektieren und soziale wie regionale Verantwortung übernehmen. Berlin kann hier mit seiner unternehmerischen Vielfalt punkten, die durch branchenübergreifende Zusammenarbeit zu neuen Business-Modellen führen kann.

### **Mehr soziale Marktwirtschaft, weniger Staat**

Der Staat sollte sich in der Wirtschaftspolitik darauf beschränken, Teilhabe zu ermöglichen und Innovationen nicht zu blockieren. Übertriebene Dokumentationspflichten sind abzubauen. Es sollte auch gesetzlicher Raum geschaffen werden für neue Modelle der Zusammenarbeit neben dem klassischen Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Prinzip. Die wirtschaftliche Entwicklung sollte von Praktikern geprägt sein, die mit Ergebnissen überzeugen und nicht durch Theoretiker, die mit Sprüchen bei Wahlen überzeugen. Überregulierung kostet zum Schluss Geld, das sinnvoller genutzt werden kann.